

## V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 1. Juli 2005.

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.15 Uhr

Ort der Sitzung: Sitzungszimmer der Gemeinde

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer;

2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Gabriele Diwald, Peter Prihoda,  
Franz Mayrhofer, Ing. Johann Gruber und Günther Werner.

3) die GRM. Ing. Michael Hausmann, Elfriede Lindner, Sieglinde Prihoda, Ing. Peter Weis,  
Franz Irkuf, Eva Maria Hütmeier, Katharina Brandstätter,  
Walter Striegl, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek,

4) die EM. Wolfgang Knogler, Johann Zeilinger, Karl Hiesmayr-Dorfer,  
Gerhard Stanzinger u. Herta Jungwirth.

5) AL. Franz Kaip.

abwesend: GRM. Dr. Christian Chimani, Christian Viehaus, Georg Gutbrunner, Erich Lattner jun.,  
Gerhard Neudecker.

### T a g e s o r d n u n g :

- 1) Umkehrplatz Hangstraße – Ansuchen von Herrn Erich Obermeier – Abtretung einer Teilfläche ins Privateigentum;
- 2) Verbreiterung der Kirchmühlstraße – Übereinkommen mit Frau Gertrude Stieger, Pabstbergstraße 15;
- 3) Grundangelegenheit Tassiloweg – Übereinkommen mit Herrn Josef Krenn, Steyr, Weinzierlstraße 5;
- 4) Errichtung eines Löschwasserbehälters – Dienstbarkeitsvertrag mit den Ehegatten Josef u. Rosa Leibezeder, Mühlgrub 23;
- 5) Abwasserentsorgungsgesetz – Festlegung bzw. Änderung der „gelben Linie“;
- 6) Resolution „Aufstellung von Mobilfunk-Masten“;
- 7) Sanierung der Kaipstraße – Grundsatzbeschluss;
- 8) Bericht über Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;
- 9) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Bgm. Herbert Plaimer gibt bekannt, dass Frau GR Sieglinde Prihoda kurz vor dieser Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, der unter Pkt. Allfälliges behandelt werden soll.

Weiters gibt Bgm. Plaimer bekannt, dass ab 1.7.2005 Herr GVM. Peter Prihoda neuer Fraktionsobmann der SP-Fraktion ist. Er dankt GVM. Gabriele Diwald für die geleistete Arbeit in den letzten 3 Jahren.

TOP 1) Umkehrplatz Hangstraße – Ansuchen von Herrn Erich Obermeier – Abtretung einer  
Teilfläche ins Privateigentum;

Am 24. Mai 2005 ist im Gemeindeamt nach längeren Vorgesprächen mit Herrn Jürgen Obermeier und Herrn Erich Obermeier ein Antrag auf Abtretung einer Teilfläche des Umkehrplatzes Hangstraße gestellt worden.

Im Zuge der Überarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Pfarrkirchen-Nord“ wurde die vorstellbare Grundabtretung eingearbeitet.

Die Fläche im Ausmaß von ca. 40 m<sup>2</sup> soll kostenlos an die Familie Obermeier abgetreten werden. Die Geometer- und Grundbuchkosten werden von Herrn Erich Obermeier getragen.

Aufgrund der Weiterführung der Hangstraße zur Hoffmannfeldsiedlung ist der Umkehrplatz nicht mehr erforderlich. Weiters wird mit dieser Grundabtretung der Straßenverkehr nicht beeinträchtigt bzw. behindert.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Grundabtretung zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die vorliegende Grundabtretung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2) Verbreiterung der Kirchmühlstraße;

Die Kirchmühlstraße soll nach den Wünschen der Anrainer im Bereich der Kirchmühle verbreitert und „entschärft“ werden.

Dazu ist die Inanspruchnahme von Grundflächen aus dem Besitz von Frau Gertrude Stieger, Pabstbergstr. 15, notwendig.

Frau Stieger hat sich in einem Gespräch mit Bgm. Plaimer grundsätzlich bereit erklärt, den notwendigen Grund zur Verfügung zu stellen. (AV vom 12. Mai 2005)

Mit Frau Gertrude Stieger soll das vorliegende Übereinkommen geschlossen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge das vorliegende Übereinkommen mit Frau Gertrude Stieger betreffend die geplante Verbreiterung der Kirchmühlstraße beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Das vorliegende Übereinkommen mit Frau Gertrude Stieger betreffend die geplante Verbreiterung der Kirchmühlstraße beschließen.

TOP 3) Grundangelegenheit Tassiloweg; Übereinkommen mit Herrn Josef Krenn, wh.  
Weinzierlstraße 5, 4400 Steyr;

Bei der Vermessung der Grundgrenze des Tassiloweges hat sich herausgestellt, dass die Grundgrenze lt. Vermessungsplan zum Teil in der Fahrbahnmitte des Tassiloweges verläuft.

Der Grundbesitzer Josef Krenn erklärt sich grundsätzlich bereit, den für die Belassung des Tassiloweges notwendigen Grund ins Öffentliche Gut abzutreten.

Mit Herrn Josef Krenn soll ein diesbezügliches Übereinkommen geschlossen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge das vorliegende Übereinkommen mit Herrn Josef Krenn, Steyr, betreffend die Änderung der Grundgrenzen entlang des Tassiloweges beschließen.

Bgm. Plaimer erklärt, dass der Grundpreis zwar nicht billig ist, die Kosten aber nachvollziehbar sind. GVM. Mayrhofer fragt an, ob die Grundangelegenheit beim Hause Tassiloweg 5 (Mag. Martinek) im Zuge der Vermessung miterledigt wird. Der Besitzer der Liegenschaft Tassiloweg 5 hat die Grundgrenze scheinbar überbaut.

Bgm. Plaimer erklärt, dass diese Angelegenheit noch geprüft werden muss.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Das vorliegende Übereinkommen mit Herrn Josef Krenn, Steyr, betreffend die Änderung der Grundgrenzen entlang des Tassiloweges gilt als beschlossen.

TOP 4) Errichtung eines Löschwasserbehälters – Dienstbarkeitsvertrag mit den Ehegatten Josef u. Rosa Leibezyeder, Mühlgrub 23;

GVM. Mayrhofer nimmt an der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil, da er kurz den Sitzungssaal verlassen hat (Telefonat).

In der letzten GR-Sitzung wurde der Finanzierungsplan für die Errichtung eines weiteren Löschwasserbehälters im Bereich „Eglsee“ beschlossen. Um den Bau realisieren bzw. beginnen zu können ist noch die Genehmigung des Dienstbarkeitsvertrages mit den Grundeigentümern erforderlich.

Die Ehegatten Leibezyeder erklären sich einverstanden, dass der geplante Löschwasserbehälter auf der Parz. Nr. 186 KG. Mühlgrub errichtet werden kann, wobei die genaue Situierung mit den Grundeigentümern zu erfolgen hat.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag mit den Ehegatten Josef u. Rosa Leibezyeder betreffend die geplante Errichtung des Löschwasserbehälters für den Bereich „Eglsee“ beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der vorliegende Dienstbarkeitsvertrag mit den Ehegatten Josef u. Rosa Leibezyeder betreffend die geplante Errichtung des Löschwasserbehälters für den Bereich „Eglsee“ gilt daher als beschlossen.

TOP 5) Abwasserentsorgungsgesetz – Festlegung bzw. Abänderung der „gelben Linie“.

VbGm. Jungwirth berichtet:

Im Abwasserentsorgungsgesetz beruhend auf die „Gelbe Linie“ wurde festgelegt, dass für die Bibermayr-, Petschger- u. Moser-Siedlung ein Kanal projektiert und in Folge hergestellt werden soll. In der Sitzung vom 02.06.2005 wurde beraten, dass Herr Wolflehner um die Errichtung einer Kleinkläranlage ansucht und keine Förderung erhält, solange kein entsprechender Gemeinderatsbeschluss vorliegt, der vorsieht, dass dieser Kanal nicht errichtet wird.

Der Kanal ist Bestandteil der Förderberechnung für die Abwasserbeseitigungsanlage Pfarrkirchen. In letzter Zeit wurden Kanalbauten (Felberbauernberg, Hoffmannfeld, Retentionsbecken) ausgeführt und der Fördersatz nach dem voraussichtlichen Bauvolumen berechnet. Bei Nichterrichtung des Kanals „Bibermayr-, Petschger-, Moser-Siedlung“ wird hingewiesen, dass Fördermittel zurückzahlen sein werden bzw. bei einem neuen Förderantrag der Gemeinde eine Gegenverrechnung zu erwarten sein wird.

Antrag:

Vbgm. Jungwirth beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die im Abwasserentsorgungskonzept vorgesehene Erweiterung des Ortskanales zu den Siedlungsgebieten „Bibermayr-, Petschger- und Mosersiedlung“ aus Kostengründen in nächster Zeit nicht errichtet werden soll.

Die Abwasserentsorgung soll über die Senkgruben-Übernahmestelle Waldneukirchen bzw. evt. über biologische Kleinkläranlage erfolgen.

Beschluss:

Der Antrag von Vbgm. Jungwirth wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die im Abwasserentsorgungskonzept vorgesehene Erweiterung des Ortskanals zu den Siedlungsgebieten „Bibermayr-, Petschger- und Mosersiedlung“ aus Kostengründen in nächster Zeit nicht errichtet wird.

Die Abwasserentsorgung soll über die Senkgruben-Übernahmestelle Waldneukirchen bzw. evt. über biologische Kleinkläranlage erfolgen.

TOP 6) Resolution „Aufstellung von Mobilfunk-Masten“;

Der Bürgermeister berichtet:

Die Gemeinde Pfarrkirchen will eine „gesunde Gemeinde“ sein und werden. In einem Workshop hat sich ein Arbeitskreis mit der Thematik „Strahlung von Handymasten“ beschäftigt.

Bereits im April wurde im Gemeindevorstand ein diesbezüglicher Resolutionstext behandelt.

GVM. Ing. Gruber hat mir eine überarbeitete Version übergeben, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde.

Es ist daher geplant, diese gemeinsame Resolution zur Abstimmung zu bringen.

Da es sich um einen sehr sensiblen Bereich handelt, ist vorgesehen, eine geheime Abstimmung durchzuführen, da verhindert werden soll, dass es zu persönlichen Ressentiments kommt.

Bgm. Plaimer erklärt, dass die Gesundheit der Menschen im Vordergrund stehen muss.

Nach der „Kirchturm-Entscheidung“ war klar, dass jetzt andere Standorte in Pfarrkirchen gesucht werden. Der beste Standort soll mit uns gemeinsam gefunden werden.

Das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger ist wichtig.

Der Resolutionstext wird von Bgm. Plaimer vollinhaltlich verlesen.

Antrag:

Bgm. Plaimer beantragt, der Gemeinderat möge die untenstehende Resolution in der vorliegenden Form beschließen.

### **Mobilfunk – Masten – Resolution**

Der Gemeinderat der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall beschließt in seiner Sitzung am 1. Juli 2005

1. In der Gesundheitsregion und Wohngemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall sollen Bürgerinnen durch Handymasten gesundheitlich nicht beeinträchtigt und die Wohnobjekte nicht wertgemindert werden.
2. Die Warnungen der internationalen Mediziner bezüglich der möglichen negativen Auswirkungen der Strahlung von Mobilfunk – Masten auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden immer deutlicher. Daher dürfen in Pfarrkirchen derartige Sendeanlagen auf Gebäuden des

Gemeindegutes und öffentlichen Gutes der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall nicht installiert werden.

3. Die Eigentümer der Gebäuden und Liegenschaften im Gemeindegebiet werden ersucht, im Interesse ihrer eigenen Gesundheit und der Gesundheit ihrer unmittelbaren und mittelbaren Anrainer, vor Installierung von Mobilfunk – Masten das Einvernehmen mit der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall herzustellen (Standartoptimierungsverfahren), soweit dies nicht ohnehin durch die O.Ö. Bauordnung zwingend vorgeschrieben ist.
4. Die Strahlungsstärke der Sendeanlage muss so reduziert werden, dass die Strahlungsimmission, die bei den Bürgerinnen im Freien ankommt, unter 10 Mikrowatt/m<sup>2</sup> liegt. (Salzburger Vorsorgewert).

Bgm. Plaimer ergänzt, dass im Pkt. 4. das Wort „muss“ durch „soll“ ersetzt werden soll.

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass wir in Anbetracht der Entwicklungen in Pfarrkirchen die Verpflichtung haben, etwas in dieser Richtung zu unternehmen.

Er erklärt, dass die ÖVP Pfarrkirchen in dieser Angelegenheit voll hinter dem Bürgermeister steht.

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass es für ihn ganz wichtig ist, dass man vor Aufstellung der Handymasten Messungen an gewissen Punkten durchzuführen hat.

Er schlägt vor, dass der Abstand zum nächstgelegenen Siedlungsgebiet 300 m betragen soll.

Die Resolution soll dahingehend ergänzt werden.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass die Resolution grundsätzlich positiv ist, aber man darf bei dem ganzen positiven Denken nicht übersehen, dass es nicht nur um Handymaste geht.

Wir beachten nicht den Funk, Richtfund (Feuerwehr, ORF usw.). Nicht dabei ist das Wireless-Lan. Das bleibt leider erhalten.

Eine Resolution heißt für mich rechtlich, wir dürfen uns was wünschen!

Die Resolution ist dann ein Wunsch, wenn Hausbesitzer das will und der Betreiber kompromisslos vorgeht.

Die Resolution soll daher keine falschen Erwartungen erwecken, weil wir uns rechtlich nicht wehren können.

Bei Wireless-Lan sollen wir rechtzeitig daran denken.

Bgm. Plaimer erklärt, dass wir bei der Errichtung von Handymasten seitens der Gemeinde keine Parteistellung haben.

Für Bgm. Plaimer ist eine gute Gesprächsbasis mit den Betreiberfirmen notwendig. Es liegt nicht im Interesse der Gemeinde Pfarrkirchen, ständig durch die Medien „gezogen“ zu werden. Aber es kann auch nicht im Interesse der Betreiber liegen, ständig negative Schlagzeilen zu liefern.

Wir haben eine Gesprächsbasis, auf der man aufbauen kann.

Mit dieser Resolution soll nicht der technische Fortschritt verhindert werden. Es geht um die Verträglichkeit für die Bevölkerung.

Gesundheit ist wichtiger als technischer Komfort.

GVM. Mayrhofer erklärt, dass seine Fraktion nicht auf eine geheime Abstimmung besteht, weil jeder Gemeinderat den Mut haben soll, zu seiner Meinung zu stehen.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er eine geheime Abstimmung aufgrund der Erfahrung aus der Kirchturm-Diskussion wünscht.

Jeder soll seinem imperativen Mandat die Ehre geben.

Der Antrag von Bgm. Plaimer auf geheime Abstimmung wird mit 14 Stimmen angenommen. Die ÖVP-Fraktion enthält sich der Stimme.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird in geheimer Abstimmung mit 18 Ja-Stimmen angenommen.

Die vorliegende Mobilfunk – Masten - Resolution gilt daher in der vorliegenden Form mit der

gewünschten Abänderung „soll“ statt „muss“ und der Ergänzung betreffend Abstand von 300 m vom nächsten Wohngebiet als beschlossen.

Bgm. Plaimer erklärt, dass sich in Feyregg eine Initiative gegen die Errichtung von Handymasten auf dem Silo der Fa. Zorn GesmbH gebildet hat.

Er bringt dem Gemeinderat das diesbezügliche Schreiben zur Kenntnis und erklärt, dass bisher 243 Personen sich gegen den geplanten Handymast ausgesprochen haben.

Er gratuliert den Initiatoren, denen es gelungen ist, in so kurzer Zeit so viele Unterschriften zu sammeln und dankt ihnen für ihren Einsatz. Er sieht diese Initiative als Auftrag zur Unterstützung seitens der Gemeinde.

Er berichtet über Gespräche mit den Betreibern, die beabsichtigen 2 weitere Handymaste bei der Fa. Zorn in Feyregg aufzustellen. Die Hauptsenderichtung richtet sich allerdings gegen die Wohnbauten in Feyregg.

Es gab in dieser Angelegenheit bereits ein Gespräch mit Herrn Zorn mit dem Ergebnis, dass diese geplanten Handymasten nicht errichtet werden, wenn es einen besser geeigneten Standort gibt.

Für nächste Woche ist ein Gespräch mit Vertretern der Betreiberfirmen vorgesehen.

Herr Ibinger von der Fernmeldebehörde ist bereit diesbezügliche Messungen durchzuführen.

Die Standortfrage für Feyregg ist dzt. wieder offen.

Von den Betreibern werden die Sorgen der Bevölkerung ernst genommen.

Das Wohlbefinden der Menschen ist wichtig. Es soll der verträglichste Standort ausgesucht bzw. gefunden werden.

Die Gemeinde hat auf Grund des Baurechtes jedoch keinerlei Kompetenzen.

TOP 7) Sanierungen der Kaipstraße – Grundsatzbeschluss;

Bericht GVM. Prihoda

Der Gemeindevorstand hat sich mit dieser Angelegenheit in seiner Sitzung vom 16. Juni 2005 beschäftigt.

Da aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde eine Generalsanierung (Kostenpunkt ca. 90 – 100.000 € einschl. Sanierung der Wasserleitung und des Kanals) derzeit nicht möglich ist, wird vorgeschlagen, nur eine Sanierung des Belages als Zwischenlösung durchzuführen. Für diese Maßnahme stehen ca. 20.000 € zur Verfügung.

Es soll daher umgehend geprüft werden, welche Sanierungsart technisch und finanziell möglich ist.

Antrag:

GVM. Prihoda beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass von Technikern geprüft werden soll, welche Sanierungsart der Kaipstraße als Übergangslösung sinnvoll ist und welche Kosten für diese Baumaßnahme zu erwarten sind.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass es zu diesem Thema eine Anrainerinformation gegeben hat. Er fragt, ob es diesbezüglich Wahlversprechen oder Lippenbekenntnisse gegeben hat.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek will wissen,

- a) wer wem was versprochen hat und
- b) wie viel Geld haben wir für die Sanierung, welche Maßnahmen sind geplant bzw. geht es auch ohne Sanierung von Wasser und Kanal.

GVM. Franz Mayrhofer erklärt, dass der schlechte Zustand der Kaipstraße allgemein bekannt ist und die Sanierung bereits vor 2 Jahren im Bad Haller Kurier angekündigt wurde.

Wasser und Kanal sollten möglichst im Zuge der Straßenbauarbeiten mitsaniert werden.

Seit 2 Jahren hat sich allerdings in dieser Sache nichts mehr getan.

Herr GVM. Ing. Gruber hat daher eine Medienkampagne gestartet. Bereits am 16. Juni 2005 wurde diese Angelegenheit kurz angeschnitten, wobei allerdings nur eine „Sanierung light“ angedacht wurde. Erfreulicherweise steht dieser Tagesordnungspunkt am Programm der

heutigen Sitzung.

Der Fraktionsobmann erklärt, dass seine Fraktion einer Generalsanierung den Vorzug geben würde. Er berichtet weiters, dass Herr LR Hiesl für den Straßenbau im Jahr 2005 der Gemeinde einen Landesbeitrag bis zu 30.000 € zugesichert hat.

Er fragt, ob von seitens LR Ackerl auch eine finanzielle Zusage gegeben wurde.

GVM. Mayrhofer erklärt, dass er vorschlägt, dass durch einen unabhängigen Sachverständigen geprüft werden soll, welche Baumaßnahmen notwendig sind und welche

Kosten dadurch für die Gemeinde entstehen. GVM. Mayrhofer erklärt, dass zumindest die bestehenden WL-Hausanschlüsse durch neue Anschlüsse ersetzt werden.

Er dankt abschließend GVM. Gruber für seine Initiativen und seinen Einsatz.

GVM. Prihoda als Obmann des Straßenausschusses erklärt, dass eine Generalsanierung aus budgetären Gründen nicht möglich ist, weil Bgm. Plaimer von seinem Vorgänger ein Budgetloch in Höhe von 235.000 € für den Straßenbau übernehmen musste.

Die Rechnungsprüfer der BH Steyr-Land erklärten damals, dass vor der Weiterführung der Straßenbauarbeiten diese Schulden getilgt werden müssen.

Nunmehr ist es gelungen diese Schulden zu bezahlen.

GVM. Prihoda erklärt, dass ihm persönlich auch eine Generalsanierung lieber wäre.

Er erklärt, dass Wasser und Kanal in der Kaipstraße funktionieren und dass die Gemeinde Pfarrkirchen für diesen Zweck keine Bedarfszuweisungsmittel bekommen.

GVM. Ing. Gruber bringt seine Freude zum Ausdruck, dass die Kaipstraße saniert werden soll. Er dankt den Anrainern, die nie müde wurden, sich für die Sanierung einzusetzen.

Er appelliert, alles daran zu setzen, damit diesem Projekt zum Durchbruch verholfen wird.

Die Sanierung der Wasserleitung sollte Projekt nicht verhindern.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er von keinen Versprechungen und Zusicherungen weiß.

Seit 2002 wird die Sanierung der Kaipstraße diskutiert.

GVM. Mayrhofer erklärt, dass die zeitliche Reihenfolge anders war.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er in dieser Angelegenheit keinesfalls ein Getriebener war.

Er habe zuerst die Kosten für den Feinbelag auf der Ranwallnerstr. erhoben.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er von Frau Thöne von der Steyrer Rundschau angerufen wurde.

Er habe erklärt, dass er die Sanierung der Kaipstraße seit 2002 nicht aus dem Auge verloren habe. Auch bei den Vorsprachen bei LH-Stv. Hiesl und LR Ackerl waren die Straßensanierungen immer ein Thema.

Der Bürgermeister erklärt, dass LH-Stv. Hiesl der Gemeinde 20 % der Bausumme zugesichert hat. LR Ackerl stellt der Gemeinde 2005 den Betrag von € 30.000 zur Verfügung.

Er stellt fest, dass es eine kostenlose Sanierung der Wasserleitung durch den Wasserverband nicht gibt.

Er erklärt, dass er nicht viel rede, sondern arbeite und nach Lösungen sucht.

Wenn man 100 % nicht erreichen kann, muss man sich um Teillösungen bemühen.

Diese helfen den Bewohnern, für längere Zeit ordentliche Verhältnisse zu bekommen.

Wir wissen, dass der Geldsack leider sehr klein ist und eine Fremdfinanzierung, wie er sie Herrn HR Dr. Gugler vorgeschlagen hat, aufgrund der Maastricht-Richtlinien nicht möglich ist. Auch die Landesstraßenverwaltung muss derzeit Sanierungsmaßnahmen „light“ durchführen.

GVM. Ing. Gruber erklärt die zeitliche Abfolge so:

Mo., 13. Juni: Versendung von E-Mails an Zeitungen (nachweislich)

Do., 16. Juni: Bericht im Volksblatt

GV-Sitzung: erstmals über Kaipstraße gesprochen

Do., 23. Juni: Bericht in der Steyrer Rundschau

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass Erfolge viele Väter haben. Er schließt Bgm. Plaimer dabei ein.

Beschluss:

Der Antrag von GVM. Prihoda wird einstimmig angenommen. Als grundsätzlich beschlossen

gilt daher, dass von Technikern geprüft werden soll, welche Sanierungsart der Kaipstraße als Übergangslösung sinnvoll ist und welche Kosten für diese Baumaßnahme zu erwarten sind.

TOP 8) Bericht über Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;

Bericht: GRM. Walter Striegl als Obmann des Prüfungsausschusses;

Der Prüfungsausschussobmann gibt einen kurzen Bericht über die Prüfung des örtl. Prüfungsausschusses vom Montag, den 20. Juni 2005.

In dieser Sitzung wurde u.a. die Baukostenverfolgung für die Sanierung der Volksschule sowie die Betriebskostenabrechnung für das Freischwimmbad Bad Hall-Pfarrkirchen im Jahre 2004 geprüft.

Antrag:

Der Obmann des Prüfungsausschusses beantragt, der Gemeinderat möge den Bericht über die Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschusses vom 20. Juni 2005 zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Obmannes des Prüfungsausschusses wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Bericht über die Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss vom 20. Juni 2005 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9) Allfälliges.

a) Dringlichkeitsantrag;

Bgm. Plaimer verliest den von Frau GR Sieglinde Pihoda eingebrachten Dringlichkeitsantrag.

Frau GRM. Pihoda erklärt, dass es in fast allen Orten üblich ist, für den Kindergartenbus eine eigene Haltestelle einzurichten um eine 100 %ige Sicherheit zu gewährleisten.

Eine Hinweistafel ist zwar schon aufgestellt, diese wird jedoch ignoriert.

Sie berichtet, dass es schon fast zum Eklat zwischen der Busfahrerin und den Eltern gekommen ist.

Bgm. Plaimer beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass diese Angelegenheit dringlich behandeln soll

Beschluss:

Der Antrag von Bgm. Plaimer wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Antrag von Frau GR Sieglinde Pihoda dringlich behandelt wird.

GRM. Hütmeier erklärt, dass sie bereits bei der Eröffnung des Kinderhortes auf diesen Umstand hingewiesen hat. Sie hat jedoch immer die Auskunft erhalten, dass eine Parkplatz für den Kindergartenbus nicht notwendig ist.

Sie hat bei Bgm. Plaimer, im Bauamt und bei Kindergarten diesbezüglich interveniert.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er der Meinung ist, dass nicht alles reglementiert werden soll.

Er glaubt an das vernünftige Verhalten der Autofahrer. Ausserdem sind ihm keine negativen Meldungen von Eltern in letzter Zeit bekannt.

Er nimmt den Antrag zur Kenntnis und erklärt, dass bis zur nächsten GR-Sitzung ein diesbezüglicher Verordnungsentwurf erstellt werden wird.

In der nächsten Sitzung wird diese Angelegenheit mit dem geplanten Halte- und Parkverbot bei der Gemeindeauffahrt behandelt werden.

Ein Beschluss wurde zu diesem Tagesordnungspunkt nicht gefasst.

b) Geh- und Radweg Wartberger Landesstraße:

Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass im Einvernehmen mit der OÖ. Landesstraßenverwaltung

und Strm. Kroiss der geplante Radweg von der Abzweigung des Güterweges Hausmaurer bis zur Einfahrt zum Hagergut als Geh- bzw. Radweg ausgebaut werden soll. Diese Baumaßnahme wird im Einklang mit dem Bauvorhaben der LStv. am Breinesbergerberg erfolgen.

Es ist mit Mehrkosten in Höhe von ca. 5.000 € gerechnet.

c) Schulsanierung:

Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass die Sanierung des Putzes an der Hauptfassade der Volksschule sehr arbeitsintensiv ist. Es ist jedoch mit keinen Mehrkosten zu rechnen, da anderweitig Einsparungen möglich sind.

d) Mähen von Baugrundstücken:

Frau GRM. Lindner ersucht, die Besitzer der Bauparzellen (Tellus GesmbH) im Siedlungsgebiet Weissenbrunnergründe anzuschreiben, dass die Gründe gemäht werden sollen.

e) Durchführung der Rasenpflege in Pfarrkirchen:

GRM. Karl Huber berichtet, dass er den beiden Personen gesprochen hat, die im Gemeindegebiet die Grünraumpflege übernommen haben.

Diese haben ihm gesagt, dass sie aus Niederösterreich kommen und für Herrn Plaimer arbeiten.

Er fragt an, ob in Pfarrkirchen niemand für solche Arbeiten greifbar ist.

Bgm. Plaimer erklärt dazu, dass es sich dabei um zwei Arbeitslose handelt und diese nicht für ihn, sondern für die Gemeinde arbeiten. Das Rasenmähen ist ziemlich zeitintensiv und die beiden werden vom AMS ein Monat gratis zur Verfügung gestellt.

Es gibt dazu gute Rückmeldungen.

Er ist jederzeit bereit, Aushilfskräfte aus Pfarrkirchen zu nehmen.

f) Umwidmung Mayrbäurlgründe;

GVM. Werner fragt an, ob es in der Angelegenheit Umwidmung Mayrbäurl Neues gibt.

Dazu erklärt Bgm. Plaimer, dass der Gemeinde Pfarrkirchen von der Baurechtsabteilung des Landes schriftlich mitgeteilt wurde, dass beabsichtigt ist, dzt. die Zustimmung zur Umwidmung des Gemeindefeldes bzw. des Friedhoffeldes zu versagen.

Der Gemeinde wurde eine Frist zur Abgabe einer abschließenden Stellungnahme binnen 8 Wochen gegeben, sodass es evt. notwendig sein könnte, dass eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates einberufen werden muss.

Bgm. Plaimer berichtet, dass er am kommenden Dienstag einen diesbezüglichen Vorsprachetermin bei Herrn Hofrat Dr. Wögerbauer hat.

An dieser Besprechung wird auch der Ortsplaner Arch. Dipl.-Ing. Aumayr teilnehmen.

g) Materiallagerplatz im Bereich der Rapplmühle;

GVM. Werner erklärt, dass in der letzten Straßenausschuss-Sitzung von Obm. GVM. Prihoda das Problem Parkplatz Rapplmühle angesprochen wurde. Herr GVM. Prihoda führte aus, dass dieser Platz als Parkplatz bei Fußballspielen dringend benötigt wird.

Bgm. Plaimer erklärt, dass das hintere Drittel des Platzes von der Fa. Swietelsky als Materiallagerplatz verwendet wird und es bisher aber noch kein Gespräch mit Bgm. Grasl betreffend Pachtvertrag gegeben hat.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 13. Mai 2005 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt

und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: